



STADTVERORDNETENFRAKTION

DARMSTADT

LAUTESCHLÄGERSTRASSE 38 64289 DARMSTADT
TELEFON: 0 61 51/6 14 30 TELEFAX: 0 61 51/6 14 01
E-MAIL: FRAKTION@GRUENE-DARMSTADT.DE

Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne vom 7. Dezember 2009 betr. Keiner Zerschlagung des Jobcenters Darmstadt - Hilfen aus einer Hand erhalten!

7. DEZEMBER 2009

A N T R A G

Keine Zerschlagung des Jobcenters Darmstadt - Hilfen aus einer Hand erhalten!

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert, dass die CDU/FDP Koalition auf Bundesebene sich bei der notwendigen Neuordnung der Jobcenter auf die schlechteste aller Lösungen geeinigt hat: Die faktische Zerschlagung der Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) als Träger der Jobcenter.
2. Durch den Beschluss der zukünftig getrennten Trägerschaft von Agenturen für Arbeit und Kommunen werden zukünftig die Arbeitslosen der ARGE Darmstadt die Leidtragenden sein. Sie werden keine Leistungen mehr aus einer Hand bekommen, sondern mit doppelten Ämtergängen und doppelter Antragsbürokratie konfrontiert sein. Diese getrennte Aufgabenwahrnehmung ist ein Rückfall in alte Zeiten vor der Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe.
3. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert weiterhin, dass durch die getrennten Zuständigkeiten wieder der Bundesagentur für Arbeit die alleinige Zuständigkeit für die arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Hilfen zufällt. Damit wird der zentralistische Zugriff der Bundesagentur für Arbeit gestärkt, lokale Entscheidungen erschwert.
4. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert auch das Vorhaben der CDU/FDP-Koalition auf Bundesebene, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente „deutlich zu reduzieren“. Gerade diese umfangreichen, flexiblen und kreativen Instrumente der Eingliederungshilfen sind Kernstück moderner und aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Sie zu reduzieren schadet den Hilfesuchenden und verhindert deren umfassende Unterstützung und damit eine mögliche rasche Integration in den Arbeitsmarkt.
5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Oberbürgermeister und die Landesregierung auf, auf Bundesebene und im Bundesrat ihren Einfluss dahingehend auszuüben, dass die Bundesregierung die Kraft zu einer Grundgesetzänderung aufbringt, die Hilfen für Arbeitslose in einer Hand und unter einem Dach auch zukünftig ermöglicht. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt, ihre Eigenständigkeit, ihre Kompetenzen und ihre Instrumente in der lokalen Arbeitsmarktpolitik müssen gestärkt werden, anstatt sie zu schwächen.

Begründung:

Besonders in der jetzigen wirtschaftlich schwierigen Situation benötigt die Wissenschaftsstadt Darmstadt die Möglichkeit Langzeitarbeitslosen passgenaue lokale Hilfen aus einer Hand und einem Guss gewähren zu können.

Durch die Beschlüsse des Koalitionsvertrages auf Bundesebene wurde aber genau das Gegenteil beschlossen. So soll die Bundesagentur die alleinige Zuständigkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumente erhalten. Damit wird der zentralistische Zugriff der Bundesagentur für Arbeit gestärkt, lokale Entscheidungen erschwert.

Gerade die bestehenden umfangreichen, flexiblen und kreativen Instrumente der Eingliederungshilfen des Jobcenters sind Kernstück moderner und aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Sie zu reduzieren schadet den Hilfesuchenden und verhindert deren umfassende Unterstützung und damit eine mögliche rasche Integration in den Arbeitsmarkt.

Damit die bisherige regionale Arbeitsmarktpolitik erfolgreich weitergeführt werden kann, werden Oberbürgermeister und Landesregierung aufgefordert, auf Bundesebene dafür einzutreten, dass die Hilfen für Arbeitslose in einer Hand und unter einem Dach auch zukünftig möglich bleiben.

Christian Grunwald
Yücel Akdeniz
Dr. Joachim Reus
Hildegard Förster-Heldmann
(Stadtverordnete)

Brigitte Lindscheid
(Fraktionsvorsitzende)